



Liebe Leserin,
lieber Leser!

Am 27. März 2011 findet die nächste Kommunalwahl statt. Ein Grund für uns Danke zu sagen! Danke für die vielen Anregungen, Rückmeldungen und die Kritik, mit der Sie unsere Politik der letzten fünf Jahre begleitet haben. Ein großer Dank gilt aber auch all denjenigen, die uns beraten, mit uns diskutiert und die sich ehrenamtlich für GRÜNE Ideen in der Stadtverordnetenversammlung und im Ortsbeirat engagiert haben.

Die mittlerweile 13. Ausgabe der XtraGRÜN informiert Sie – wie Sie es gewohnt sind – über aktuelle Themen der Stadt Kassel. Sie finden in dieser Ausgabe eine bunte Auswahl an Themen, die uns bewegen.

Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen, sie lebt von den Menschen und sie lebt von den Kontakten zu BürgerInnen, Wirtschaft und Institutionen. Um einen kleinen Einblick in die vielfältige Arbeit der Stadtverordneten zu geben, haben wir uns dazu entschieden, Dr. Klaus Ostermann in den Mittelpunkt dieser Ausgabe zu stellen. Nach 18 Jahren ehrenamtlicher Arbeit als Stadtverordneter hört Klaus Ostermann mit der politischen Arbeit auf. Er steht für ein hohes Maß an ehrenamtlichen Engagement und das beharrliche Verfolgen von GRÜNEN Zielen, um die Stadt ein Stück lebenswerter zu machen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der Zeitung und freue mich über Rückmeldungen
Gernot Rönz, Fraktionsvorsitzender

Kosten der Unterkunft

Kassel muss schlüssiges Konzept vorlegen

Die Pauschale, die für die Kosten der Unterkunft bei TransferleistungsempfängerInnen bisher gezahlt wurde, ist aufgehoben. Ob damit den Menschen geholfen ist, bleibt strittig. Weniger über die Praxis, als viel mehr über die Höhe der gezahlten Leistungen wird nach wie vor gestritten. Seit diesem Sommer hat das Sozialgericht Kassel bereits vier Beschlüsse zu Lasten der Arbeitsförderung Kassel (AfK) gefasst. Diese besagen: Das Konzept mit dem die Stadt Kassel arbeitet, ist nicht schlüssig. Die Arbeitsförderung muss transparent darstellen können, dass die vorhandenen Kosten der Empfängerinnen und Empfänger nicht angemessen sind. So lange sie das nicht kann, müssen die Kosten übernommen werden. Da kleine Ein- bis Zweizimmerwohnungen fehlen, muss die Stadt die tatsächlichen Kosten auch dann übernehmen, wenn die Wohnung über der Quadratmeterzahl der Angemessenheitsgrenze liegt.



Die Umsetzung einer angemessenen, die tatsächlichen Kosten von Unterkunft und Heizung berücksichtigenden Zahlung ist eine der Hauptaufgaben des Sozialdezernats. Es braucht jetzt ein schlüssiges Konzept, um nachvollziehbar die Angemessenheitsgrenzen zu berechnen. Ein Abwarten ist nicht richtig, sondern belastet die Gerichte sowie die Menschen, die auf die Zuwendungen existentiell angewiesen sind. Positiv bewerten wir die Zusage des Sozialdezernats, dass all die Menschen, die durch die Pauschalierungspraxis in Kassel seit Sommer 2009 benachteiligt wurden, entschädigt werden.

Wichtig ist natürlich auch hier ein gesetzestkonformes Konzept, um den TransferleistungsempfängerInnen das Geld zahlen zu können, das Ihnen auch zusteht. Anja Lipschik



KASSEL WIRD GRÜN!

Schwerpunkte: Nachhaltige Stadtentwicklung und familienfreundliche Stadt

So viel wie in den letzten Monaten ist seit langem nicht mehr über die GRÜNEN und über grüne Themen diskutiert worden. Arbeitsplatzgewinne in der Region sind zum Großteil im Bereich GRÜNER Ideen entstanden, die Atompolitik der Bundesregierung hat zu einer großen Eintrittswelle bei den Grünen geführt und in den Umfragen sind wir auf historische Höchststände von über 20 % geklettert. Woher kommt dieser immense Zuspruch und was bedeutet er für uns in Kassel? Lassen Sie mich eines vorweg schicken: Umfragewerte sind keine Wahlergebnisse. Sie können sicher sein, dass wir auf dem Teppich bleiben, selbst wenn dieser fliegt.

Verantwortung für ein lebenswertes Nordhessen

Unsere tägliche politische Arbeit lässt wenig Spielraum für überzogene Erwartungen. Die Haushaltslage in Kassel ist extrem schwierig und Platz für große Sprünge und Umwälzungen brauchen Zeit. Wir haben uns dafür entschieden, Verantwortung zu übernehmen. Es ist unser Anspruch schrittweise unsere gesellschaftlichen Vorstellungen in die politischen Rahmenbedingungen einfließen zu lassen – für ein lebenswertes Nordhessen!

Seit Ende 2008 – nach dem missglückten Versuch der wechselnden Mehrheit von Oberbürgermeister Bertram Hilgen – haben wir mit der SPD eine Kooperation geschlossen, um der Stadtpolitik wieder eine Richtung zugegeben. Diese Kooperation gilt zunächst bis zur Kommunalwahl. Wir haben darin Zielvorgaben vereinbart, die über tagesaktuelle Entscheidungen oder Einzelfragen hinausgehen. Wir GRÜNE haben uns mit der SPD darauf geeinigt, dass Fragen der Stadtentwicklung einem vernetzten Denken folgen. Stadtgestaltung muss die Fragen der Umweltverträglichkeit und der wirtschaftlichen Potenziale gleichermaßen im Blick haben. Ein weiterer Schwerpunkt ist die soziale, kinder- und familienfreundliche Stadt. Hier müssen wir trotz knapper Kassen auch weiterhin konsequent in unsere Zukunft investieren. Nicht nur, weil das unserem Gesellschaftsverständnis entspricht, sondern auch, weil jeder Euro, den wir jetzt an dieser Stelle investieren, uns in Zukunft Geld spart. Familie und Beruf müssen heute vereinbar sein, sonst verzichten wir auf zu viel Potenzial! Bildung ist eine zentrale Zukunftsaussage und eine der wichtigsten Standortfaktoren. Eine

alternde Gesellschaft kann es sich nicht leisten, die Potenziale der nachwachsenden Generation nicht optimal zu fördern und zu nutzen!

GRÜNE Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Unabhängig davon, wie die Wahl am 27. März für uns ausgeht und ob der GRÜNE Höhenflug auch Kassel erreicht, in vielen Bereichen können wir nach fünf Jahren sagen: Ja, hier sind wir gut voran gekommen. Arbeitsmarktzahlen sind immer mit Vorsicht zu betrachten, aber die meisten neuen in den letzten Jahren entstandenen Arbeitsplätze sind GRÜNE Arbeitsplätze: im Kreativbereich, in der Gesundheitswirtschaft, im Bereich der Kuren und Kongresse und vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien. Hier sind wir Spitzenreiter in Europa, nirgendwo sonst gibt es eine solche Kombination von Wissenschaft, Industrie und Handwerk für die Lösung der Energiefragen der Zukunft. Viele Initiativen, die auf GRÜNE Anträge zurückgehen und belächelt wurden, gehören heute zu den Zugpferden Nordhessens. Die Wirtschaftskraft unserer Region ist und bleibt angewiesen auf die Innovationsbereitschaft und die Kreativität ihrer EinwohnerInnen. Kassel wird GRÜN.

Gernot Rönz



Bürgereinwände ernst nehmen!

Gegen „Stuttgart 21“ protestieren jede Woche zehntausende Menschen. Gegen die Castor-Transporte und die Atompolitik der Bundesregierung haben mehr als 50.000 in Gorleben demonstriert. Was treibt so viele Menschen auf die Straße? Gegen Bauvorhaben gibt es immer wieder Proteste, ohne dass sie dieses Ausmaß erreichen. Gegen die Castor-Transporte wurde immer demonstriert, aber mit geringerer Beteiligung. In beiden Fällen fühlen sich die Menschen aber betrogen: bei Stuttgart 21 durch falsche Informationen und explodierende Kosten. Bei der Atompolitik durch den schmutzigen Atom-Deal von Bundesregierung und Kraftwerksbetreibern. Nichts macht Menschen so wütend, wie das Gefühl, hinter das Licht geführt zu werden. Deshalb ist es politisch wichtig, bei schwierigen Verhandlungen möglichst viele Menschen in die Diskussion und die Entscheidungsprozesse einzubinden.

„Kassler Fehlritte“

Wie man es nicht machen sollte, können wir auch in Kassel beobachten. Das Projekt Bürgerhaushalt: Schlecht vorbereitet wurde es nach dem ersten Versuch sang- und klanglos „beerdigt“. Die Menschen blieben weg, weil sie nicht das Gefühl hatten, dass tatsächlich ein ernsthafter Austausch über die Haushaltsziele erfolgen sollte. So auch beim Agenda 21-Prozess. Bei dem zunächst viele Menschen mitgenommen wurden, als es dann aber um die Umsetzung der Ergebnisse ging, wurde das Engagement enttäuscht und viele gute Ideen blieben auf der Strecke. Und schließlich die „Basta“-Politik in Sachen Langes Feld: Da werden intensive Diskussionen über Sinn und

Unsinn der Gewerbeansiedlung geführt und in einer öffentlichen Veranstaltung werden die Positionen debattiert. Noch bevor allerdings die offenen Fragen der Veranstaltung geklärt sind, setzt der Oberbürgermeister indessen schon mal durch, dass das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans fortgeführt werden soll, geradeso, als hätte die Bürgerversammlung nicht stattgefunden.

Bürgerbeteiligung ist mehr als bloße Bürgerinformation

Wenn Oberbürgermeister oder Magistrat seine Vorstellungen öffentlich darlegt und begründet, ist dies noch keine Bürgerbeteiligung. Die Einwände der Bürger müssen ebenfalls ernst genommen werden. Sie müssen in die Entscheidung einfließen und glaubhaft abgewogen werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Menschen auch Entscheidungen akzeptieren können, die sie im Ergebnis für falsch halten, wenn sie nur das Gefühl haben, diese sind unter Berücksichtigung der anderweitigen Auffassungen durch Abwägung und Gewichtung von Argumenten entstanden. Auch Politiker müssen in der Lage sein, einmal getroffene Entscheidungen zu revidieren, wenn sie sich als falsch herausstellen oder von den Bürgern abgelehnt werden.

Alle Formen der Bürgerbeteiligung gehören zum Lebenselixier der Demokratie: Bürgerinitiativen, Demonstrationen, Eingaben, Bürgerbegehren, Volksbegehren und Volksentscheide. Sie alle zeigen vor allem eins: in der Demokratie wollen die Menschen auch zwischen den Wahlen gehört werden. Durchregieren im Sinne

einer Stuttgarter „Basta-Politik“ fördert die Akzeptanz von Entscheidungen nicht, sondern macht sie vielmehr angreifbar. Wir GRÜNEN treten seit unserem Bestehen dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Beteiligungsmöglichkeiten erhalten. Wir haben in langen Auseinandersetzungen dafür gesorgt, dass Eingaben der Kasseler BürgerInnen möglich sind. Wir haben das bisher einzige erfolgreiche Bürgerbegehren in Kassel unterstützt. Wir wollen im Bund, im Land und in der Gemeinde die Bürgerbeteiligung verbessern. Wir wollen eine lebendige Demokratie. Und wir stellen sie auch dann nicht in Frage, wenn sie für uns unangenehme Entscheidungen bringt, wie zum Beispiel bei der Abstimmung über die Bildungsreform in Hamburg. Wir brauchen weitere Schritte hin zur Bürgergesellschaft. Und zwar nicht nur, wenn es um die 1100-Jahr-Feier der Stadt Kassel geht, sondern auch in den wichtigen Entscheidungen. Dort, wo die Menschen in Kassel unmittelbar betroffen sind.

Wenn man die Bürgerinnen und Bürger nach Ideen und Anregungen fragt, müssen deren Eingaben auch angemessen wertgeschätzt und in die Überlegungen einbezogen werden.

Dr. Andreas Jürgens





Prima Klima in Kassel

Herr Dr. Lohse, die Fortschreibung des Luftreinhalteplans ist jetzt öffentlich. Was tut Kassel, damit die in der Vergangenheit oft überschrittenen Schadstoffgrenzwerte zukünftig eingehalten werden können?

Weder die Stadt noch die Region kann es sich auf Dauer leisten, als Gegend mit schlechter Luftqualität in Verruf zu geraten. Die EU-Werte müssen eingehalten werden. Da hilft kein Herausreden auf die ungünstige Tallage im Kasseler Becken.

Schwerwiegender als beim Feinstaub ist es mittlerweile beim Stickstoffdioxid (NO₂), das vor allem von Autos emittiert wird: da haben wir den seit 2010 geltenden Grenzwert in jedem der vergangenen zehn Jahre deutlich überschritten – zuletzt um rund 30 Prozent.

Wie wollen Sie dieses Problem in den Griff bekommen?

Auf den ersten Blick ist die Antwort einfach: da Stickstoffdioxid überwiegend von Kraftfahrzeugen herrührt, müssen wir entweder die Anzahl der insgesamt gefahrenen Kilometer oder die Emissionen pro gefahrenem Kilometer deutlich verringern. In der Praxis wird es komplexer, da hilft nur eine Kombination verschiedener Maßnahmen: wir machen den Umweltverbund von öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und Fußwegen attraktiver. Zum Beispiel durch eine Verbesserung der Infrastruktur, durch gerechtere Aufteilung des Straßenraums bei Erneuerungsmaßnahmen und durch bessere Fahrrad-Abstellmöglichkeiten. Wir konzentrieren uns darauf, den Kfz-Verkehr zu verflüssigen, denn bei Brems- und Anfahrvorgängen an roten Ampeln verpuffen viele Schadstoffe völlig unnütz.

So werden wir echte Verbesserungen für die Kasseler Luftqualität und gleichzeitig für alle VerkehrsteilnehmerInnen erreichen.



Seit Jahren bekennt Kassel sich auch zum Klimaschutz – was passiert hier eigentlich konkret?

Aktuell werden aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung die städtischen Schulen, Sporthallen und Kitas für rund 60 Millionen Euro energetisch saniert.

Schon vor Jahren hat Kassel sich das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen um 50 Prozent zu senken, aber paradoxerweise wusste bis zu diesem Jahr niemand, wo wir überhaupt stehen. Dies lag unter anderem an unklaren Verantwortlichkeiten. Deshalb haben wir ein „Referat für Klima und Energie“ neu eingerichtet, wie es in vielen Städten schon seit langem mit guten Erfolgen existiert. Ab sofort koordiniert das Referat für Klima und Energie diese Thematik und fungiert als eindeutiger Ansprechpartner nach außen, auch gegenüber Forschungsinstituten und der Wirtschaft.

Positiv entwickelt hat sich vor allem die Ausstattung von Dächern mit Photovoltaik – Anlagen. Die Zahl der Sonne in Strom umwandelnden Flächen auf Dächern hat sich zwischen 2006 und 2010 verdreifacht. Aber immer noch sind rund 97% der realistisch nutzbaren Dachflächen ungenutzt. Das wollen wir mit dem Solardachfinder „SOLFI“ ändern, einem Informationstool im Internet, wo jeder sich leicht über die Solarenergie-Eignung seines Daches informieren kann und wo Interessenten und Anbieter leicht zueinander finden.



In 2011 starten wir mit der Entwicklung eines „Integrierten Klimaschutzkonzepts“ für die Stadtteile Kirchditmold, Bettenhausen, Unterneustadt. Die Ergebnisse werden dann auf ganz Kassel übertragbar sein. Zentrale Themen sind die Vereinbarkeit von Denkmalpflege und Klimaschutz, die energetische Sanierung im vorhandenen Gebäudebestand, und die Integration von Industrie und Handwerksbetrieben in die Kasseler kommunale Klimaschutzstrategie.

Dr. Joachim Lohse, parteilos, ist seit März 2010 auf Vorschlag der GRÜNEN Dezernent für Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen.



Alternativen zum „Langen Feld“ vorantreiben

Mit Mehrheit haben SPD, CDU und FDP den Bebauungsplan für den Gewerbestandort „Langes Feld“ vorangetrieben – trotz aller offenen Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Mehrere öffentliche Veranstaltungen konnten bis heute die Bedenken bezüglich der Folgen einer Bebauung nicht ausräumen. Vor allem der zu erwartende Verkehr stellt für den Stadtteil Niederzwehren eine hohe Belastung dar. Wir GRÜNEN sind überzeugt dass auch lokale Infrastrukturprojekte von den Menschen vor Ort mitgetragen werden müssen und die Politik die Bürger durch eine transparente Argumentation „mitnehmen“ muss. Da bisher offen geblieben ist, was die Gewerbeflächenentwicklung tatsächlich kosten wird sowie der Tatsache, dass am Langen Feld ein notwendiges Kaltluftentstehungsgebietes leichtfertig versiegelt wird, setzen die GRÜNEN in erster Linie auf eine gemeinsame Gewerbeflächenvermarktung im Zweckverband Raum Kassel.

Denn: Die Hoffnung für die Region liegt in Niestetal. Mit dem „Sandershäuser Berg“ verfügt Niestetal über 130 Hektar Ge-

werbeflächen, die man interkommunal nutzen könnte, sofern ein Autobahnanschluss das Gewerbegebiet erschließen würde. Ob in Zukunft eine gemeinsame Entwicklung angestrebt wird, ist derzeit nicht absehbar. Die Stadt Kassel selbst verfügt nur noch über relativ wenige Gewerbeflächen. Gewerbebrachen auf Kasseler Gebiet aufzubereiten, stellt sich als schwierig dar, weil die privaten Eigner oft überzogene Preisvorstellungen haben. Die GRÜNEN haben deshalb erneut eine Initiative gestartet mit dem Ziel, die zehn Gemeinden im Zweckverband Raum Kassel zu ihren Vorstellungen zu befragen.

Unsere Idee besteht darin, alle verfügbaren Gewerbegebiete in einen Topf zu werfen, gemeinsam zu vermarkten und die Erlöse anteilig zu verteilen. Wir befürchten jedoch, dass den Bürgermeistern „das Hemd näher ist als die Hose“ und sie die Gewerbesteuer der ansässigen Unternehmen nicht teilen wollen. Wir werden daher die Stadt weiterhin auffordern, die offenen Fragen zur Zukunft der Kasseler Gewerbegebiete im bürgerschaftlichen Dialog zu klären. **Dieter Beig**

Wie weiter mit Salzmann und Bettenhausen?



Fabrik Bettenhausen 1926

Es ist bedauerlich, dass mit dem Aus für die Multifunktionshalle wieder einmal das Industriedenkmal Salzmann in Bettenhausen vor einer ungewissen Zukunft steht. Mit dem Ende der Multihallenräume muss die Stadtpolitik sich trotzdem weiterhin um diesen Standort bemühen. Richtig ist es, zu prüfen, wie die Stadt eine mögliche Sanierung mit der Verlagerung von städtischen Einrichtungen unterstützen kann. Falsch ist es jedoch, wenn voreilig von einem „technischen Rathaus“ als einziger möglichen Lösung die Rede ist. Nur wenn es inhaltlich und wirtschaftlich eine sinnvolle Lösung für einen Umzug gibt, sollte die Stadt hier hilfreich sein. Es hat keinen Zweck, bei Salzmann ein „Loch zu stopfen“ und anderswo ein neues aufzumachen. Kassel sollte sich vielmehr bemühen, Innenstadt-Leerstände zu vermeiden und nach Möglichkeit zu beseitigen.

Damit Salzmann nicht ein isoliertes Projekt bleibt, braucht Kassel ein tragfähiges Konzept für die Zukunft des Areals sowie die damit verbundene Stadtteilentwicklung in Bettenhausen. Eine neue Nutzung der bedeutendsten Industriebrache zwischen Bielefeld und Leipzig muss positive Strahlkraft in den Stadtteil haben und diesen nachhaltig stärken.

Es braucht Ideen für das gesamte Gebiet entlang der Sandershäuser Straße, für das gesamte Bettenhausen, in die umliegenden Stadtteile und bis hin zu SMA. Die GRÜNEN regen deshalb eine Stadtteilkonferenz „Ost“ an, an der auch ansässige Vereine und Unternehmen aus dem Stadtteil und der Umgebung teilnehmen sollten. **Dieter Beig**

Herkulesbahn – Ein Traum?

Viele ältere Mitbürger kennen die Bahn zum Herkules noch und sind von der Idee begeistert, die Strecke wieder einzurichten. Nach drei Jahren hat die Stadt endlich das Gutachten zur Herkulesbahn vorgestellt. Wir GRÜNEN sehen darin nach wie vor gute Chancen auf eine Realisierung und sind überzeugt, dass der Weltkulturerbe-Kandidat „Bergpark“ eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr erhalten sollte.

Dem Gutachten gemäß erscheinen die 13,7 Millionen Euro Investitionskosten sowie die 400.000 Euro an jährlichem Zuschussbedarf als „viel Geld“. Trotzdem sollte über eine Erschließung des Bergparks, die Wilhelmshöhe nicht nur eine Verkehrsbelastung, sondern auch eine weitere Steigerung seiner touristischen Attraktivität bringen würde, weiter nachgedacht werden. Die GRÜNEN sprechen sich daher erneut für ein Gesamtverkehrskonzept aus und betrachten die Herkulesbahn darin als einen wesentlichen Baustein auch im Hinblick auf die Lebensqualität und den „Bad-Status“ in Wilhelmshöhe.

Gerne schauen wir uns auch an, wie andere Städte mit ihren Natur- und Kulturschätzen vor Ort umgehen. So zum Beispiel die österreichische Stadt Linz: Dort ist für mehr als 30 Millionen Euro die Pöstlingbergbahn saniert worden und erfreut sich bei Touristen und den Menschen vor Ort großer Beliebtheit.

Wir brauchen den Mut, uns zur Herkulesbahn zu bekennen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Als nächsten Schritt sollte die Stadt Verhandlungen mit dem Land über die Finanzierung führen. Dann könnte es in einigen Jahren schon heißen: Bahn frei für die Herkulesbahn. **Gernot Rönz**





GRÜNE Energie für Kassels Wirtschaft

Als die GRÜNEN in Kassel vor Jahren von 20.000 Arbeitsplätzen in Nordhessen im Bereich der regenerativen Energien gesprochen haben, wurden wir kaum ernst genommen. Heute ist ein guter Teil dieser Vision Realität geworden. Nach Untersuchungen des Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien (deENet) arbeiten in Nordhessen bereits heute 15.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren-Energien.

Die Chance auf weitere Arbeitsplätze liegen vor allem im Bereich der Energieeffizienz und der energetischen Modernisierung von Gebäuden. Die billigste Energie ist die, die nicht gebraucht wird. In dem Maße, in dem sich Energie verteuert, steigt auch der Anreiz für die HausbesitzerInnen, in ihre Gebäude zu investieren. Das schafft und sichert viele Arbeitsplätze in Kassel.

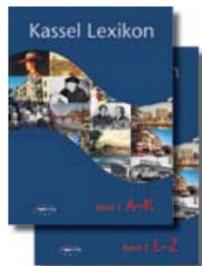
Zusammen mit dem Handwerk sollten wir diese Herausforderungen angehen. In der Ausführung sind nicht industrielle Massenprodukte, sondern individuelle Beratung, Erfahrung und Kompetenz gefragt. Vor allem für Handwerksunternehmen, die sich heute schon dieser Herausforderung stellen, dürften die Aufträge für viele Jahre gesichert sein. Handwerksbetriebe sind gut beraten, sich frühzeitig in diesem komplexen Tätigkeitsfeld zu qualifizieren. Hierbei muss die Stadt sie unterstützen.

Mit dem Energiereferat wird die Stadt passgenau Hilfe für Handwerk und Beratung anbieten können. Vor allem bedarf es aber auch eines breit gefächerten Informationsangebotes von neutraler Seite. So wollen wir zum Beispiel die erfolgreiche Informationskampagne „Bleib gesund altes Haus“ fortsetzen. Hier hat es eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Kasseler Sparkasse, mit der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Kompetenznetzwerk dezentrale Energietechnologien (deENet) zur energetischen Altbausanierung gegeben.



Wer sein Haus saniert, kann auf Dauer viel Geld sparen und schützt gleichzeitig die Umwelt. Gewinner werden dann Alle sein: Die HausbesitzerInnen, die MieterInnen, die ausführenden Firmen mit ihren Beschäftigten – und nicht zuletzt das Klima! **Karl Schöberl**

ANZEIGE



Kassel Lexikon ... „Das Kassel Lexikon ist eines der erfreulichsten Beispiele für Stadtllexika der letzten Jahre, die ihren Stoff leicht zugänglich machen und trotzdem auf wissenschaftlichem Niveau präsentieren“. (Klaus Schreiber IFB) Kassel Lexikon A-Z (2 Bände), euregioverlag 2009, € 88,00 www.kassel-lexikon.de

In die Zukunft investieren trotz knapper Kassen



Die öffentlichen Kassen sind leer, die Verschuldung der Kommunen enorm. Der Bund hat eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und das Land will mit der Kommunalwahl über eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung abstimmen lassen. Hat die Politik also versagt und sich ihrer Handlungsfähigkeit beraubt?

Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. Klar ist, dass im Interesse zukünftiger Generationen gespart und über höhere Einnahmen nachgedacht werden muss. Um wieder Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu haben, ist es notwendig, den Haushalt zu konsolidieren. Die Kommunen sind dabei allerdings das letzte Glied in der Kette. Bund und Länder bestellen, vergessen aber all zu oft das Zahlen. Auf der kommunalen Ebene findet aber das Zusammenleben statt, was wir hier entscheiden, wirkt sich unmittelbar auf unser alltägliches Leben aus. Noch immer sind die Kommunen nicht mit den erforderlichen Finanzmitteln ausgestattet, um den Pflichtausgaben angemessen nachzukommen. Darum fällt es auch so schwer, auf kommunaler Ebene zu sparen und strukturelle Defizite abzubauen. Die Stadt befindet sich in zu großer Abhängigkeit von äußeren Rahmenbedingungen. Die sogenannten freiwilligen Leistungen machen gerade mal 7,5% des städtischen Haushalts aus. Ohne dieses aktive Steuern und Gestalten würden die Pflichtaufga-



Renthof, Stadtarchiv Kassel, aus: Kassel Lexikon Bd. 2

Renthof als „Haus der Musik“

In etwas mehr als zwei Jahren wird Kassel 1100 Jahre alt. Und Kassel erhält die Möglichkeit sich selbst ein Geschenk zu machen, denn das im Renthof ansässige Altenheim plant den Umzug in einen Neubau. Eines der ältesten Gebäude der Stadt Kassel wird damit frei für eine neue Nutzung. Damit rückt der Kernbereich des alten Kassels in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung. Der Renthof ist die letzte in Kassel noch erhaltene originale höfische Renaissancearchitektur und mit seinem wunderschönen Innenhof ein innerstädtisches Idyll. Damit nicht genug, hat hier nach den Brüdern Grimm einer der bedeutendsten Kasseler Bürger gelernt: Heinrich Schütz. Der Renthof bietet die außergewöhnliche Gelegenheit, Schütz ein Erbe zukommen zu lassen und eine kulturelle Nutzung in historischem Ambiente zu ermöglichen.

Der Renthof bildet mit der Brüderkirche eine einzigartige historische Insel in der Kasseler Innenstadt – an keiner anderen Stelle lässt sich noch derart „hautnah“ nachvollziehen, dass Kassel einmal das politische und kulturelle Zentrum Hessens war. Hier hatten die hessischen Regierungsbehörden und Obergerichte ihren Sitz, hier liegen die Anfänge der Landesbibliothek und hier wurde in der Hofschule des Landgrafen Moritz der junge Heinrich Schütz ausgebildet. Zum Stadtjubiläum sind die Kasseler BürgerInnen aufgerufen, ihre Projektideen für diesen runden Geburtstag zu nennen. Wir GRÜNEN wollen den Renthof zu einem „Haus der Musik“ ausbauen. Im Renthof könnten künftig Ausstellungen zu Kasseler Komponisten, insbesondere Heinrich Schütz und Darstellungen ihres Wirkens stattfinden. Die Kasseler Musikschule könnte hier einziehen, die Kasseler musikalischen Gesellschaften eine neue Heimat finden. Der große Saal käme als Kammernusiksaal in Betracht, im Innenhof könnten Freiluftkonzerte, Serenadenabende etc. stattfinden. Für dieses einzigartige Projekt könnten sicher auch Sponsoren gefunden werden. Wir streiten für diese Idee nicht allein, sondern an der Seite vieler interessierter und engagierter BürgerInnen. Ein konkretes Konzept zur Umsetzung liegt bereits vor. Gerne hätten wir eine öffentliche Diskussion, an deren Ende der Renthof als „Haus der Musik“ in Erscheinung treten könnte. **Dr. Klaus Ostermann**

Stadtentwicklung vom Renthof: Entwicklung der Kurt-Schumacher Straße und Anbindung der Universität
Wir sehen in der Entwicklung des Renthofs Potenzial für die Stadtentwicklung, die über die historische Insel hinausgeht und schlussendlich sogar zu der schon lange angestrebten Anbindung der Universität an die Innenstadt führt. Der Weg von der Unterneustadt über den Renthof, die Brüderkirche, die Markthalle und den umgestalteten Entenanger hätte eine enorme Strahlkraft für die Innenstadt. Der Renthof würde aber auch Richtung Osten und Richtung Universität wirken. Mit einer Aufwertung des Pferdemarktes, der endlich barrierefreien Umgestaltung des Altmarktes sowie einer weiteren Fußgängerbrücke in die Unterneustadt wird sowohl das Zentrum wie auch die angrenzenden Stadtteile gestärkt. Ein gesellschaftlich belebter Renthof mit kultureller Nutzung könnte Ausgangs- und Endpunkt einer Kulturachse sein. Zentral bleibt hierfür ein Umbau der Kurt-Schumacher-Straße, der gleichzeitig grundlegende Voraussetzung für eine vernünftige und von einer breiten Mehrheit gewollten Anbindung der Universität an die Innenstadt ist.

Renthof

Im Renthof hatten die hessischen Regierungsbehörden und Obergerichte ihren Sitz, hier liegen die Anfänge der Landesbibliothek und hier wurde in der Hofschule des Landgrafen Moritz der junge Heinrich Schütz ausgebildet. Zeitweise war hier im 17. Jahrhundert sogar eine erste Kasseler Universität beheimatet. An keiner anderen Stelle ist in Kassel noch originale höfische Renaissancearchitektur erhalten (das Landgrafenschloss ist 1811 abgebrannt, vom Zeughaus steht nur noch ein klägliches Rest, das Elisabethhospital ist ein veränderter Wiederaufbau und der Marstall ist ein Neubau der 1960er Jahre), und nirgendwo sonst gibt es im Gebiet der ehemaligen Altstadt noch historisches Fachwerk. Der Renthof geht im Kern auf das gotische Karmeliterkloster zurück, das ab 1293 errichtet und



Renthof, Stadtmuseum Kassel, aus: Kassel Lexikon Bd. 2

1526 in der Zeit der Reformation aufgehoben wurde. Nach mehreren Umbauten diente der Gebäudekomplex ab 1599 zu Schulzwecken. Später wurden die Bauten für die hessischen Regierungsbehörden und Gerichte genutzt, ab 1882/84 dann z. T. als Polizeirevier und -gefängnis. Zur Zeit ist dort ein Altenheim untergebracht, das in den nächsten Jahren aber in einen Neubau umziehen wird.

Heinrich Schütz

* 8. bzw. 18.10.1585, † 6.11.1672, wurde schon zu Lebzeiten als „seines Jahrhunderts hervorragendster Musikers“ (Inscription auf seinem Grabstein) gewürdigt. Dresden und Bad Köstritz erinnern ihn mit Heinrich Schütz, Ölbild von Christoph Spetner
Denkmälern an prominenten Plätzen. Aufgewachsen ist Schütz in Kassel. Hier hat er auch gelernt und seine ersten Compositionen veröffentlicht. Heinrich Schütz gilt als der bedeutendste deutsche Komponist des Frühbarocks. Nach dem Willen seiner Eltern sollte er Jura studieren; 1598 fiel seine musikalische Begabung jedoch dem sich auf der Durchreise befindlichen Lgf. Moritz auf, der ihn 1599 als Diskantisten in die Kasseler Hofkapelle aufnehmen ließ – eine Entscheidung zugunsten der Musik, weil das von Moritz in Ks. gegr. Collegium Mauritanum gute Voraussetzungen für eine umfassende humanistische Bildung bot. Per Schlechta, in: Kassel: Lexikon Bd. II, euregioverlag



ben später noch höher. Ein Beispiel: Mit der bundesweit ausgezeichneten Präventionskette „Willkommen von Anfang“ ist es uns gelungen, dass die Fallzahlen in der Erziehungs- und Jugendhilfe sich stabilisiert haben und leicht zurückgehen. Jetzt können wir hier 1,5 Millionen Euro einsparen. soziale Arbeit trägt also nicht nur zum Frieden in der Stadt bei, sie rechnet sich auch langfristig für den Haushalt.

Kinder, Umwelt und Bildung als Schwerpunkte

Wir GRÜNEN haben uns auch in diesem Haushalt für die Schwerpunktbereiche Kinder, Umwelt und Bildung entschieden. Aus unserer Sicht ist eine gute Ausstattung in diesen drei Bereichen notwendig, um den sozialen Frieden in der Stadt zu erhalten und zu fördern. Gutes Beispiel ist das „Übergangsmanagement Schule/Beruf“. Durch gezielte Förderung einzelner Schülerinnen und Schüler in der Haupt- und Realschule und einer gezielten Vorbereitung auf das spätere Berufsleben werden Schulabbrüche vermieden, Lücken in der Erwerbsbiographie verringert und dem Fachkräftemangel vorgebeugt. Darüber hinaus stehen wir für „Bildung von Anfang an“ es ist uns wichtig, eine qualitativ hochwertige Betreuung auch für Kleinkinder anzubieten. So haben wir zusammen mit der SPD dazu beigetragen, in den laufenden Haushalt Mittel für 130 zusätzliche Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder bereitzustellen. Das hilft nicht nur den „Kleinen“, sondern auch den Eltern und dem Wirtschaftsstandort

Kassel, denn gute Betreuungsplätze steigern die Attraktivität des Lebens- und Arbeitsstandortes Kassel. Eine familienfreundliche Stadt sieht aber auch das große Engagement der Eltern. Mit unserem Konzept der Familienzentren, das in diesem Haushalt bereits in seinem dritten Jahr fortgeschrieben wird, wollen wir das Angebot weiter verbessern, bestehende Initiativen miteinander zu vernetzen und die Nutzung zu vereinfachen. Zusammen mit der SPD-Fraktion haben wir auch dafür gesorgt, dass das Projekt „aktive Eltern“ vom Schlachthof fortgeführt wird.

Im Bereich Umwelt versuchen wir alles, um den Klimaschutzziele gerecht zu werden. Dazu gehört ein Energiereferat, das Kompetenzen bündelt und versucht, europaweit Gelder für die Kommune einzuwerben. Daneben soll Lärm vermindert und die Luft reingehalten werden. Von daher steht die Förderung des Radverkehrs als Teil einer anderen Verkehrspolitik an erster Stelle. Durch seine gezielte Unterstützung kann zum Beispiel auf dem Weg zur Arbeit motorisierter Individualverkehr vermieden werden. Das vermindert nicht nur den CO₂-Ausstoß, sondern auch den Anspruch an zusätzliche Parkflächen. Radfahren fördert „Gesundheit durch Bewegung“ und reduziert Krankheitskosten- und tage.

Die kurzen Ausführungen zeigen schon, dass diese Investitionen ein Gewinn für alle sind und letztlich Geld sparen. Auf diesen Wegen wollen wir weitermachen. **Karin Müller**





Dr. Klaus Ostermann zieht sich aus der Kommunalpolitik zurück

Ein Weichensteller nimmt Abschied

Von den Finanzen führte sein Weg zur Kultur. Statt Zahlen also nur noch die schönen Künste? Nicht ganz. Denn um Geld ging es auch während seiner zweiten Etappe im Kasseler Rathaus: Seit 2003 ist Klaus Ostermann kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN. Bei der Kommunalwahl im kommenden Jahr wird er nach fast 18 Jahren in der Stadtpolitik nicht mehr antreten. Grund dafür ist eines der bedeutenden Prinzipien seiner Partei, regelmäßig für frischen Wind in der Stadtverordnetenversammlung und der Politik generell zu sorgen: „Ich war schon immer der Meinung, wir müssen uns um neue Kandidaten bemühen. Und das ist uns auch über die Jahre hinweg mit regelmäßig einem Viertel frischer Kräfte in der Fraktion gelungen“, sagt der 68-Jährige. „Wenn ich jetzt also an meinem Platz klebe, kann kein anderer nachrücken.“

So praktisch, wie er seinen Rückzug aus der Kommunalpolitik erklärt, so praktisch betrieb er auch über vier Wahlperioden sein politisches Engagement. Dabei hat ihn jederzeit eine gehörige Portion Realismus geleitet: Was sind unsere Ziele? Welche Mittel haben wir dafür zur Verfügung? Und was können wir damit überhaupt umsetzen? „Ich bin so gestrickt, dass ich gern die Rahmenbedingungen kenne, innerhalb derer ich mich bewegen und mit Ideen und Fantasie füllen kann“, lautet sein Credo. Und daraus folgt die Erkenntnis: „Klar ist, dass vieles nicht von heute auf morgen zu realisieren ist. Man wird im Laufe der Zeit geduldiger und ist bereit, ein paar Schleifen mehr zu machen, bis man endlich an den Punkt kommt, den man erreichen wollte.“ Seine Weitsicht und Beharrlichkeit haben sich bei zahlreichen Projekten ausgezahlt.

Eckpfeiler grüner Politik

Doch der Reihe nach. Zur Politik kam er durch eine Kollegin an der Uni Kassel. Dort war der promovierte Mediziner am Fachbereich 04 im Fachgebiet Angewandte Soziale Gerontologie lange Jahre tätig. Sie fragte ihn, ob er nicht Lust habe, sich für die GRÜNEN zu engagieren. Die Lust war da, das Interesse geweckt. Mit der Programmatik der Partei habe er sich schon immer identifiziert, erinnert sich Ostermann: Antikriegshaltung, Frauenstatut, eine betont kommunalpolitische Zielsetzung sowie der Umgang miteinander waren Eckpfeiler grüner Politik, die für ihn wichtig waren.

Also schnappte sich Klaus Ostermann die Hessische Gemeindeordnung (HGO) und schaute nach, welche Aufgaben ein Stadtverordneter denn so hat. Besonders spannend erschien ihm nach eigenem Bekunden ein ganz bestimmter Abschnitt. In Paragraph 50 der HGO heißt es in Absatz zwei: „Die Gemeindevertretung überwacht die gesamte Verwaltung der Gemeinde und die Geschäftsführung des Gemeindevor-

stands, insbesondere die Verwendung der Gemeindeeinnahmen.“ Für ihn stand fest: „Dann will ich für die GRÜNEN Haushaltspolitik machen.“

1993 zieht Ostermann in die Kasseler Stadtverordnetenversammlung ein. Mit 14 Prozent waren die GRÜNEN damals die drittstärkste Fraktion. Die SPD hatte in einer erdrutschartigen Niederlage am 7. März ihre Vormachstellung verloren. An die ersten Jahre, in denen CDU und Republikaner über eine Mehrheit verfügten, denkt er mit einigem Unbehagen zurück. Eine Legislaturperiode lang verließ er aus Protest und Überzeugung den Sitzungsraum, wenn einer der Reps eine Rede hielt. „Dass es sie gab, war für mich ein großes Ärgernis, aber leider nicht zu ändern. Zum Glück war der Spuk schnell vorbei“, sagt er heute erleichtert.

Wo das Geld steckt und hinfließt

Im Haupt- und Finanzausschuss (HaFi) verschaffte er sich zunächst „einen Überblick über das städtische Handeln“. In dieser ersten Legislaturperiode habe er erkannt, wo das Geld steckt, wer darüber entscheidet und wofür es letztendlich ausgegeben wird. Zwar seien die Stadtverordneten die Akteure, da sie laut HGO den Haushalt beschließen, aber Vorarbeit und Vorlagen stammten aus der Verwaltung, die somit einen immensen Einfluss auf die Ausgaben habe. „Schon damals war die Zinsbelastung der Stadt größer als bei jeder anderen hessischen Kommune. Wenn man also pleite ist, weil man über seine Verhältnisse lebt, muss man eine weitere Zinsbelastung vermeiden. Ich habe also auch innerhalb der Fraktion deutlich gemacht, was möglich ist und was nicht“, sagt Ostermann. Denn der Spielraum der Politik, das „freie Feld“ im Haushaltsplan, liege lediglich bei wenigen Prozenten.

In die Anfangszeit seiner politischen Arbeit fielen unter anderem auch Entscheidungen von immenser Tragweite wie etwa die Umsetzung, aus den Städtischen Kliniken als kommunalem Krankenhaus ein eigenständiges Unternehmen zu machen, sowie den Kasseler Entwässerungsbetrieb als Eigenbetrieb zu gründen. „Und als es um den Verkauf von 24,9 Prozent der Städtischen Werke ging, habe ich viele Akten für die Grünen gewälzt“, sagt Ostermann und ergänzt: „Das sind ja zum Teil Themen, die uns heute wieder einholen, wenn es etwa darum geht, was aus dem 24,9 Prozent-Anteil heute werden soll.“

Seine zweite Wahlperiode war dann schließlich durch ein rot-GRÜNES Bündnis geprägt, das

sich zum Ziel gesetzt hatte, den Haushalt zu konsolidieren. 75 Millionen DM habe man damals einsparen können. Dennoch: Das Bündnis war nur von kurzer Dauer. „Über das Scheitern wird noch heute in der Fraktion kontrovers diskutiert. Die Meinungen gehen dabei stark auseinander“, sagt Ostermann. Für ihn war ein wesentlicher Grund, dass die GRÜNEN-Fraktion die Kultur in der Stadt stärken und keine Kürzungen hinnehmen wollte. Daran seien schließlich die Haushaltsverhandlungen gescheitert. Hinzu sei gekommen, dass die SPD mit zwei Magistratsmitgliedern der GRÜNEN Probleme gehabt habe, die zu zahlreichen Konflikten zwischen den Partnern beigetragen und die Zusammenarbeit nach zwei Jahren zum Platzen gebracht hätten.

Verteidigung der Kultur

Vor sieben Jahren wandte er sich der Kulturpolitik zu. „Das war leider ein Thema, dass innerhalb der Fraktion hin und her gereicht wurde“, sagt Ostermann. Es ärgert ihn, dass Kultur lediglich eine freiwillige Leistung der Stadt ist. In seinen „Fragmenten zur Kulturregion Kassel“ formulierte er politische Forderungen mit der zentralen Frage: „Was müssen wir in unserer Stadt für die Kultur machen?“: Eine Art „Controlling zur Verteidigung der Kultur in dieser Stadt“, wie er seine Liste von 40 Ideen bezeichnet, die es aus seiner Sicht abzuarbeiten gilt. Für ihn ging es darum, Projekte und Einrichtungen zu fördern und zu erhalten, die ansonsten für immer verschwinden würden. So sei das

„Archiv Frau und Musik“ nach Frankfurt abgewandert, weil 15.000 DM fehlten, die seiner Ansicht nach leicht hätten aufgebracht werden können. Ein Schicksal, das Kassel auch in Sachen Caricatura drohte: „Daher habe ich mich sehr intensiv dafür eingesetzt, der Caricatura die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wäre sie unterfinanziert geblieben, würde es sie heute hier ebenfalls nicht mehr geben“, ist sich Ostermann sicher. „Eine ‚Freie Szene‘ ist für mich das Salz in

der Suppe. Denn zahlreiche Kulturschaffende bieten uns am Rande der Selbstausbeutung einen sehr großen kulturellen Genuss und befinden sich dennoch am unteren Rand der Förderung. Aber Kunst und Kultur kommen weder ohne öffentliche Wahrnehmung noch ohne finanzielle Unterstützung aus“, macht er seinen Standpunkt deutlich.

Ein genialer Trick

Für eine gezielte und kompetente Kulturförderung haben SPD und Grüne bereits 1997 – während ihrer kurzen Kooperation – die Weichen gestellt. Damals habe der Haupt- und Finanzausschuss über eine „Beihilfeliste“ abschließend über förderwürdige Projekte und Einrichtungen entschieden. „Für mich war klar: Das geht so nicht, da müssen Fachleute ran“, sagt Ostermann. „Wir haben also das Paket aus der Verantwortung des HaFi herausgenommen und in eine Kommission gebracht, die die Entscheidung über die Verwendung fällt. Der Ausschuss entschied lediglich über die Höhe der Mittel. Ein genialer Trick, denn der Fördertopf wurde so nicht angerührt.“

Geändert haben sich auch Förderrichtlinien. Mittlerweile findet nach drei Jahren kommunaler Unterstützung für eine Einrichtung eine

Prüfung statt. Aus ihr ergibt sich, ob es mittlerweile nicht an der Zeit für einen dauerhaften Vertrag ist, sodass nicht jedes Jahr ein Antrag gestellt werden muss und dadurch eine langfristige Finanzierung garantiert ist. Neben der Caricatura kamen auch der Schlachthof und das Video- und Filmfestival 2006 in den Genuss solcher Verträge.

Als Erfolg sieht er es auch an, eine konstruktive Diskussion über den Vertrag der Stadt mit dem Land Hessen über die Neue Galerie, eine Landeseinrichtung, angestoßen zu haben. Im neu formulierten Schriftstück wird der Sammlungsantrag festgelegt, nun verstärkt zeitgenössische Stücke zu sammeln und auszustellen. „Leider halten sich die Verantwortlichen nicht daran und blockieren die Umsetzung“, ärgert sich Ostermann. „Grandios gescheitert“ ist nach seinem Bekunden dagegen sein Vorschlag, den Vertrag mit der Brüder-Grimm-Gesellschaft aufzulösen. Seine Fraktion habe er dazu bewegen können, einen Antrag auf Neuverhandlung zu stellen. Der Antrag sei aus politischen Gründen aber „von der SPD einkassiert worden“. Für ihn war es damals der falsche Zeitpunkt für den Antrag. Durch den Neubau des Grimm-Museums werde der Antrag in der kommenden Legislaturperiode erneut auf der Tagesordnung landen und durchgehen. Da ist er sich sicher.

Offenheit und Transparenz

Persönlich engagiert sich Ostermann als Schatzmeister im Spohr Museum und Kassenwart im Kunsttempel. Dabei ist es ihm wichtig, für Offenheit und Transparenz zu sorgen, damit sein persönliches Engagement keinen unangenehmen Beigeschmack bekommt. Er legt Wert darauf, Interessenskonflikte auszuschließen: „Von Anfang an habe ich an Entscheidungen über Mittelverteilungen nicht teilgenommen, wenn ich in die Arbeit des Vereins eingebunden bin.“

Als ruhiger, zurückhaltender Politiker ist Klaus Ostermann bekannt. Aus der zweiten Reihe zu agieren, macht ihm nichts aus. Er legt keinen großen Wert darauf, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Seine Stärke ist es, den Überblick zu bekommen und realitätsnah zu behalten, Ideen zu entwickeln, mit Menschen zu reden und sie dafür zu gewinnen, wovon er überzeugt ist. Doch übertreiben wollte er es nie mit seiner Zurückhaltung, besonders natürlich gegenüber der Wähler: „Jeder kann mich ansprechen und bekommt Antworten auf seine Fragen. Anders kann ich mir politische Arbeit nicht vorstellen“, sagt Ostermann, der sich selbst als „westfälischen Dickschädel“ bezeichnet. Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung ist für ihn „eine herausragende Errungenschaft, auch wenn es an manchen Ecken mal klemmt.“

Für ihn war die konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung immer ein ganz besonderes Ereignis. Damit ist nun nach fast zwei Jahrzehnten städtischer Finanz- und Kulturpolitik für ihn Schluss. Gundula Zeitz



Wildtiere gehören nicht in den Zirkus

Ein Jahr lang war Kassel Vorbild: Zirkusunternehmen mit Wildtieren erhielten keine Erlaubnis mehr, auf städtischen Flächen zu gastieren. Dieses Verbot hatte Bürgermeister Thomas-Erik Junge durchgesetzt – Bürgermeister Jürgen Kaiser und der Magistrat haben es jetzt wieder aufgehoben. Beide begründen dies mit einem Urteil des Verwaltungsgerichts in Chemnitz.

Dennoch gilt: Es ist kaum möglich, Wildtiere in Zirkusbetrieben ihren Lebensraumansprüchen gemäß zu halten. Ausreichend große, artgerechte und artgerecht ausgestattete Gehege können von den reisenden Unternehmen vor Ort nicht zur Verfügung gestellt werden. Bei den Aufenthalten in engen Transportwagen ist die Zeit für freie Bewegung und artspezifisches Verhalten stark eingeschränkt. Viele Zirkusbetriebe sind wirtschaftlich nicht in der Lage, die finanziellen Mittel für erforderliche Anschaffungen, Unterhalts- und Tierarztkosten aufzubringen.

Das gültige Tierschutzgesetz wird dieser Problematik nicht gerecht und erfüllt damit auch nicht den Verfassungsauftrag, der den Tierschutz als Staatsziel verankert hat.

Die GRÜNEN im Bund versuchen derzeit, mit einer fraktionsübergreifenden Initiative die Lücken im Gesetz zu schließen. Bis allerdings ein solches Regelwerk verabschiedet ist, müssen die Wildtiere im Zirkus weiter leiden – wenn nicht die Kommunen sich zum Handeln entschließen.

Wir meinen, dass es „grundfalsch“ ist, jetzt zu Lasten der Tiere, die sich nicht wehren können, einen Rückzieher zu machen. Noch haben wir Hoffnung, denn Kassel ist nicht alleine. Auch in Potsdam, Heidelberg, Köln, München, Schwertlin, Worms und Ludwigshafen gibt es Verbote für Zirkusunternehmen mit Wildtieren.

Helga Weber

FRAKTION IM RATHAUS
Obere Königsstraße 8, Zimmer W120
34117 Kassel
Tel. 0561 787 12 94, Fax: 0561 787 21 04
E-Mail: info@gruene-kassel.de
www.gruene-fraktion-kassel.de

Ihre AnsprechpartnerInnen:
Thomas Flügge und Ulrike Kapusta
Mo. - Do. 9 - 12 Uhr und 14 - 15 Uhr
und nach Absprache
Bürgerberatung: Mi. 9 - 11 Uhr
Mitglieder der Rathausfraktion: Gernot Rönz, Karin Müller, Anja Lipschik, Dieter Beig, Dr. Andreas Jürgens, Wolfgang Friedrich, Helga Weber, Karl Schöberl, Heike Mattern, Ruth Fürsch, Dr. Klaus Ostermann, Dr. Martina van den Hövel
Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats:
Annett Martin und Richard Schramm
Mitglieder des hauptamtlichen Magistrats:
Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit und Dr. Joachim Lohse, Dezernent für Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen.



Fraktion im Rathaus Kassel

Impressum:
V.i.S.d.P.: Kasseler Rathausfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Gernot Rönz, Redaktion: Thomas Flügge und Gernot Rönz
Lektorat: Susanne Ludevig
Mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der VerfasserInnen wieder.
Layout: e-BILDWERKE Kassel – www.e-bildwerke.com
Druck: Grafische Werkstätten, Kassel
Auflage: 25.000 Exemplare